

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

am meisten von sich reden machte der deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunk in letzter Zeit vor allem mit seinen fürstlichen Intendanten-Vergütungen und einigen Fällen mutmaßlicher Vetternwirtschaft. Dabei geriet der tägliche Skandal einer offenbar bewußten Fehlinformation aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Denn tatsächlich nimmt man es vor allem bei ARD und ZDF mit der Wahrheit stets dann nicht so genau, wenn es darum geht, als öffentlich-rechtlicher Volksumerzieher aufzutreten.

Hierzu drei beredete Beispiele: Um zu zeigen, wie der angeblich menschengemachte Klimawandel die Natur schon durcheinandergebracht habe, zeigte der „Rundfunk Berlin-Brandenburg“ (RBB) vor wenigen Wochen auf dem Internetdienst Twitter ein Bild von gestreßten Bäumen mit dem folgenden Text: „Berliner Bäume sind gestreßt von der Dürre der letzten Monate. Deswegen werfen sie verfrüht ihre Blätter ab. Sieht es bei Euch auch schon herbstlich aus?“ Ein Leser dieser Meldung schaute daraufhin etwas genauer hin und antwortete dem Sender: „Komisch, irgendwie sah das heute Morgen ganz anders in der Schützenstraße aus als auf eurem Foto – ganz viele saftig grüne Blätter an den Bäumen.“

Der RBB kam um eine Richtigstellung nicht mehr umhin: „KORREKTUR: Das hier verwendete Foto wurde nicht wie in der Bildinformation des Anbieters imago images angegeben am 18.8.2022 aufgenommen, sondern laut Fotograf . . . bereits am 1.11.2020. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.“ Die inzwischen gefeuerte Intendantin Patricia Schlesinger war offenbar nur eines der kleineren Probleme dieses Senders . . .

Ebenfalls in diesem Jahr illustrierte das ZDF einen Beitrag mit dem Titel „Blackout ohne Atomkraft?“ mit dem Bild eines Kernkraftwerks, aus dessen Kühltürmen erkennbar kein weißer Wasserdampf austrat, sondern ein eher schwarzer Rauch – was natürlich völlig unrealistisch ist. Hierauf angesprochen, erklärte eine Sprecherin des Senders, der obere Teil des Bildes sei abgedunkelt worden, um einen Schriftzug besser lesbar zu machen. Dieser Schriftzug fand sich aber an einer völlig anderen Stelle des Bildes wieder. Nach heftigen Protesten tauschte der Sender das Bild aus.

Die ARD-Tagesschau berichtete vor einigen Monaten in ihrem Internet-Auftritt schließlich recht euphorisch über die angeblich bahnbrechende Erfindung eines Schwarzafrikaners: Ein Fernsehgerät, das keinen Strom verbraucht, sondern ihn produziert. Und das auch in ausgeschaltetem Zustand. Der erste Bericht stammte von Jana Genth, der „ARD-Korrespondentin für das südliche Afrika“. Und wie es sich für eine linientreue ARD-Korrespondentin gehört, zierte sie ihre Meldung noch mit einer Prise Rassismus- und Kolonialismus-Kritik: „Die Erfindung könnte Schule machen, aber für die Innovationen aus dem südlichen Afrika gibt es wenig Aufmerksamkeit.“

Hätte Frau Genth vorher doch nur einmal den Namen dieses geistreichen Erfinders (Maxwell Chikumbutso) gegoogelt. Dann wäre ihr vielleicht aufgefallen, daß der Mann schon vorher ein Elektroauto erfunden haben wollte, das ebenfalls so ganz nebenbei Strom produziert. Natürlich ist das eine wie das andere vollkommener Humbug. Denn das Perpetuum Mobile gibt es nicht, auch wenn seit Jahrhunderten immer wieder darüber spekuliert wird. Die Tagesschau kam nicht umhin, ihre diesbezügliche Meldung ganz still aus dem Verkehr zu ziehen.

Nun könnte man natürlich sagen, dies seien bedauerliche Einzelfälle, die immer wieder einmal vorkommen könnten, doch das sind sie wahrscheinlich nicht. Zu eindeutig ist die Richtung (z.B. Ablehnung der Kernkraft, versteckte Rassismuskritik, „Klimaangst“) jeder dieser Fehlinformationen. Man nimmt bei ARD, ZDF und teilweise auch dem Deutschlandfunk ganz einfach den vor allem von Rot-Grün immer wieder – versteckt – geforderten Umerziehungsgedanken offenbar sehr ernst. Zu den Leidtragenden zählen die Zwangsgebührenzahler. Denn sie – wir alle – müssen diesen teilweisen Blödsinn letzten Endes bezahlen. Die grundsätzliche Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland sollte deshalb ebenso ernsthaft hinterfragt werden, wie die Art und auch die Höhe seiner Finanzierung. Wie so oft, dieser Verdacht drängt sich geradezu auf, wäre auch hier weniger wahrscheinlich mehr . . .! (tb)

2 **Elon Musks „Starlink“ will Datenservice für die Ukraine und das Pentagon nicht mehr kostenlos bereitstellen**

Das (zivile) Internet und die militärische Zielführung laufen in der Ukraine zunehmend über das US-Satellitensystem Starlink des Tesla-Gründers Elon Musk. Die Nutzung durch das Pentagon und die Ukraine erfolgt bislang kostenlos – also auch im Kampf gegen Russland. Dies nahm das russische Militär zum Anlaß für eine gegen den Starlink-Betreiber gerichtete Drohung, die über der Ukraine eingesetzten Starlink-Satelliten zu zerstören, wenn diese auch weiterhin als Teil der Kriegsführung gegen das russische Militär eingesetzt würden. Genau diese Drohung dürfte nach verbreiteter Experteneinschätzung der Hintergrund dafür sein, daß Elon Musk für einen weiteren Ukraine-Kriegseinsatz von Starlink-Satelliten jetzt vertragliche Grundlagen wünscht, die mindestens eine Art Satelliten-Versicherung umfassen. Im Pentagon prüft man nun die Möglichkeiten einer Nutzung verschiedener anderer Kommunikationsplattformen, um im Ukraine-Konflikt notfalls auch auf Starlink verzichten zu können. (eh)

3 China: Xi Jinping ließ Vorgänger „entfernen“

Während der streng durchchoreographierten, kürzlichen Sitzung des Kongresses der Kommunistischen Partei Chinas saß der frühere Präsident und Parteichef Hu Jintao noch neben seinem Nachfolger Xi Jinping, als kräftige Ordner ihn aus seinem Stuhl hoben und mit sanfter Gewalt zum Ausgang lenkten. Weil sich diese Szene kurz nach dem Einlaß internationaler Medienvertreter in den Saal ereignete, kann kaum von einem Zufall gesprochen werden. Xi nutzte vielmehr die Chance, auf diese Weise der Weltöffentlichkeit Chinas Politikwende zu verdeutlichen. Es ist eine Wende hin zu einem neuen Personenkult (wie er unter Mao wohl kaum schlimmer war), zu einer neuen und zumindest teilweisen Abschottung des Landes und zu einem neuen-alten Denken, bei dem Ideologie meistens über der Ökonomie steht. Von der unter Xis Vorgängern eingeleiteten Politik einer Öffnung ist dabei immer weniger zu spüren. Dies empfindet auch der frühere Führer der Kommunistischen Jugend, der 96-jährige Jiang Zemin, so. Es soll ihm angeblich unmöglich sein, Xi ins Gesicht zu sehen.

Nach einem zehnjährigen Kampf um die umfassende Macht in China ist Xi jetzt an seinem Ziel angekommen. Er wurde für eine bisher noch nicht dagewesene dritte Amtszeit von fünf Jahren an der Spitze der Partei benannt. Und weil, was ebenfalls neu ist, noch kein Nachfolger in Sicht ist, werden nach dem heutigen Stand der Dinge auch weitere Amtsperioden für nicht unmöglich erachtet. Xis eigener Zeithorizont soll hier zumindest bis zum Jahr 2032 reichen. Während dieser Zeit, machte er deutlich, soll die neue Priorität der chinesischen Politik im Bereich der „Sicherheit“ liegen und nicht mehr des Wirtschaftswachstums. Die damit wohl einhergehende, weitere Aufstockung der Militärkapazitäten macht eine gewalttätige Einvernahme der Republik China (Taiwan) wahrscheinlicher als bisher. (tb)

4 Russland fühlt sich bei Weizen-Export aus der Ukraine doppelt betrogen

Mit einem Trommelfeuer westlicher Propaganda gelang es der NATO-Ukraine-Allianz, die von Russland kontrollierten Häfen für Getreideexporte freizubekommen, um Agrarprodukte aus (US-Konzernen gehörenden) ukrainischen Produktionsstätten zu höheren als den regional erzielbaren Preisen exportieren zu können. Die US-Eigner großer Ländereien in der Ukraine wollen – mit anderen Worten – ihr Getreide an Kunden im Westen statt an die heimische Bevölkerung verkaufen. Um diese Geschäftsinteressen zu verbergen, wurde eine Pressekampagne aufgebaut, die die Weizenexporte aus der Ukraine mit dem drohenden Hungerelend in Afrika in Verbindung setzte. Das Narrativ, daß ohne ukrainische Weizenexporte Afrika hungern würde und daraufhin Millionen Hungernde in die europäischen, insbesondere deutschen Sozialsysteme fliehen würden, war die Angstkulisse, die internationale Organisationen und europäische Staaten als „Beihilfe“ für diese Weizenexportgeschäfte der US-Eigentümer veranlasste.

In der Türkei schloss dazu Russland ein Abkommen mit der NATO und der Ukraine, welches die Getreideexporte per Schiff ermöglicht und zugleich den NATO-Schmuggel von Waffen in die Ukraine verhindern soll. Als Gegenleistung wurde Russland die Rücknahme der für Düngemittel und Getreide ausgesprochenen Sanktionsmaßnahmen zugesagt.

Nun fühlt sich Moskau vom sogenannten „Westen“ gleich doppelt betrogen: Lediglich zwei der ersten 87 Getreidetransporte gingen tatsächlich in Dritte-Welt-Staaten Afrikas. Wie die offiziellen Schiffslogbücher (im Internet einsehbar) deutlich zeigen, ging der größte Teil der Getreideexporte aber in die EU-Staaten und andere Industrienationen. Der sogenannte „Westen“ hatte offenkundig überhaupt kein Interesse daran, den Hunger in Afrika zu lindern und die Kampagne basierte deshalb von Anbeginn auf reiner Lüge. Und weil die Gegenleistung bis heute ausblieb, fühlt sich die russische Seite gleich ein zweites Mal betrogen. Die Sanktionen auf russisches Getreide und Dünger sind bis heute nämlich nicht gelockert, wie es im Abkommen eigentlich versprochen wurde. Die EU hat sogar das Gegenteil getan: Sie hat weitere Sanktionen gegen Russland verhängt.

Die Gefahr einer Hungerkatastrophe in Afrika und einer dadurch ausgelösten Massenmigration nach Europa – insbesondere Deutschland – ist damit leider ebenfalls nicht gebannt. Daß Ehrlichkeit und Anstand im Kriegsfall mit als Erstes leiden, ist nur zu gut bekannt und bestätigte sich hier ein trauriges weiteres Mal. Dies alles hat, um es klar zu sagen, mit einem vielleicht vermuteten, besonderen Verständnis für Moskau oder Wladimir Putin rein gar nichts zu tun. Es geht darum, die Versäumnisse aller Kriegsparteien so gut es geht zu enttarnen, damit die Hürde für neue „Tricksereien“ (gleich, durch wen) immer höher gelegt werden kann. (eh)

5 Selenskyjs Villa

Wenngleich die Besitzverhältnisse recht „gut“ kaschiert sind (das Objekt ist auf den Namen einer italienischen Firma registriert, die wiederum einem Unternehmen auf Zypern gehört), ist es ein inzwischen offenes Geheimnis, daß dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im toskanischen Ort Forte dei Marmi eine repräsentative Villa gehört. Das Anwesen in dem Badeort für eher reiche Gäste wird auf rund 4 Mio. € geschätzt. Selenskyj selbst könnte den Wert wahrscheinlich gar nicht einmal benennen, denn schon während seiner Präsidentschaftskandidatur „vergaß“ er, diese Liegenschaft als sein Vermögen zu deklarieren.

Die italienische Tageszeitung „Il Tirreno“ berichtete nun, daß die Villa zuletzt an ein russisches Paar vermietet gewesen sei. Dies während einer Zeit, in der die halbe Welt versucht, Russen an der Einreise zu hindern. Laut der Zeitung „La Stampa“ habe der zuständige Immobilienmakler eingestanden, daß das Haus den letzten Sommer über vermietet gewesen sei. Allerdings sei das Mieter-Ehepaar nicht russischer Nationalität gewesen, weil eine vom Eigentümer des Hauses in den Agenturvertrag eingefügte Klausel dies untersage. Nun machen Gerüchte die Runde, daß es sich bei den Mietern um Russen gehandelt habe, die mit wahrscheinlich sehr viel Geld eine britische Staatsbürgerschaft erworben hätten.

Es wäre für Selenskyj – bzw. seine Frau, die sich um den Besitz des Paares kümmert – nun ein Leichtes, die offenen Fragen zu klären und die brodelnden Gerüchte zu entkräften. Doch man hüllt sich in Kiew in anhaltendes Schweigen. (tb)

6 Über CO₂-Fußabdruck zur Totalüberwachung

Für gewöhnlich werden nur Straftäter mit einer Fußfessel bestraft, um ihr Bewegungsprofil überwachen zu können. Nach den Wünschen der WEF (Weltwirtschaftsforum)-Partner (wie z.B. Bill Gates und die EU) soll eine derartige Überwachung aller Bürger – ähnlich der Fußfesselstrafe – zur totalen Kontrolle eingesetzt werden. Zur Rechtfertigung soll – wie so oft – der sogenannte „Klimaschutz“ herhalten.

Dafür möchte man jedem Bürger eine lebenslange Identifikationsnummer (ähnlich der von manchen Unrechtsregimen eintätowierten „Sklavennummer“ bei Gefangenen) zwangsweise zuordnen. Mit Hilfe dieser können dann automatisch sämtliche persönlichen elektronischen Geräte (wie Handys oder Navigationssysteme im Kraftfahrzeug), alle Käufe über Kreditkarten (besonders Flugtickets, Hotels etc.) und Internetaktivitäten gekennzeichnet und überwacht werden. Kombiniert mit weiteren, geheimdienstlich schon jetzt verfügbaren Überwachungsinformationen können dann für jeden Bürger nicht nur vollständige Bewegungsprofile erstellt werden, sondern auch Rückschlüsse auf dessen Konsumverhalten, seine Interessen und politische Ansichten und vieles andere mehr erfolgen.

Für die Einführung dieser persönlichen Ident-Nummer macht sich die Europäische Union längst stark. Auf nationaler Ebene wird sie dabei vor allem von den sozialistisch/sozialdemokratisch geprägten nationalen Regierungen unterstützt. Es scheint, als wolle man eine mangelnde Akzeptanz europäischer Bürokratien und Regierungen durch Brachialgewalt und Überwachung wie einst in der „DDR“ ersetzen. Der erste Versuch, diese Totalüberwachung mit Hilfe digitaler „Corona-Pässe“ einzuführen, misslang, weil dort im Hinblick auf die Gesundheits-Daten ein besonderer Datenschutz besteht und eine weitergehende Überwachung rechtswidrig wäre. Mit der „Klimabegründung“ glauben die Verantwortlichen aber jetzt, sämtliche Persönlichkeits- und Schutzrechte aushebeln zu können. George Orwell hätte sich dies kaum besser ausdenken können. (eh)

7 Deutsche Steuerzahler finanzieren ISIS

Ein in der Ukraine verwundeter und gefangengenommener ISIS-Kämpfer (Islamischer Staat) hatte Sensationelles zu berichten. Er war nämlich bereits in Syrien als Anwerber für ISIS-Terroristen im Einsatz und gab an, dabei gemeinsam von der Ukraine (15 000 Euro), Deutschland (5000 Euro) und Spanien (1500 Euro) bezahlt worden zu sein. Seine Aufgabe sei gewesen, international Terrorkämpfer für die ISIS-Bewegung anzuwerben, welche derzeit u.a. in der Ukraine und Syrien eingesetzt werden.

Mit der Türkei gibt es seiner Aussage zur Folge Absprachen, daß die angeworbenen Kämpfer die Türkei frei in Richtung Syrien oder die Ukraine passieren dürfen. Jeder ISIS-Terrorist bekommt unter anderem von den oben genannten Staaten wie Deutschland eine monatliche Gesamtvergütung von 1200 bis 1500 US-Dollar. Der ISIS-Funktionär gab damit ganz eindeutig zu verstehen, daß ISIS (von der Presse manchmal auch noch als Al-Qaida bezeichnet) eine Söldnerarmee u.a. der USA sei. Diese würde von der US-Allianz nicht nur mit Waffen und Finanzen versorgt, sondern auch direkt kommandiert.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß derartige Informationen zwar im Internet verfügbar sind und im Rahmen der üblichen Grenzen auch ganz klar verifiziert werden können, aber von den „Qualitätsmedien“ dennoch nicht thematisiert werden. Jetzt stellt sich die Frage, ob dies nur Einzelfälle sind oder die Regel, wie es der Zeuge zu verstehen gab. Zumindest beklagte schon der 45ste Präsident der Vereinigten Staaten (Donald Trump), daß in Syrien erstmals in der US-Geschichte das US-Militär gegen US-finanzierte und gesteuerte Terroristen kämpfen würde und daß der Einsatz deshalb enden müsse. (eh)

8 Von Deutschland bezahlte Raketen für Kriminelle in Deutschland

Der deutsche Steuerzahler ist einer der Hauptgeldgeber der ukrainischen Selenskyj-Regierung. Aus US-Kongressberichten ergibt sich nun, daß vermutlich über ein Drittel der an die Ukraine „geschenkten“ Waffen durch – nennen wir es einmal so – Korruption in der Lieferkette „verschwindet“. Bereits seit längerem warnen Nachrichtendienste und politische Beobachter davor, daß unzählige der für den Ukraine-Krieg bereitgestellten Waffen in unbekannte und nicht kontrollierbare Hände gelangen. Diesen leider nur unbestätigten Quellen zufolge gelangt ein Teil der „umgeleiteten“ Waffenlieferungen an die von den USA offenbar gestützten ISIS-Kräfte in Syrien.

Erschreckend ist, daß jüngst in Deutschland eine Person festgenommen werden konnte, die in den Besitz einer der gefürchteten „US-Stinger-Raketen“ gelangt war. Mit dieser hätte der Festgenommene leicht ein Zivilflugzeug am deutschen Himmel abschießen können.

Angesichts der Tatsache, daß seit 2015 tausende militärisch ausgebildete IS-Kämpfer und deren Familien mit Zustimmung Berlins nach Deutschland gekommen sind, bekommt deren jetzt zu befürchtende Bewaffnung einen besonders erschreckenden Beigeschmack. Kann dies etwa dazu führen, daß vom deutschen Steuerzahler indirekt bezahlte Waffen für kriminelle oder terroristische Aktivitäten in Deutschland gegen Deutsche eingesetzt werden? Zumindest eine kritische Aufarbeitung dieser mutmaßlichen Umstände wäre dringend geboten! (eh)

9 Bundesregierung plant neues „Einwanderungsrecht“

Wenngleich noch niemand sagen kann, wie es mit der deutschen Wirtschaft und damit auch Teilen des Arbeitsmarktes in den nächsten Jahren weitergehen wird, möchte die Bundesregierung schon jetzt neue Eckpunkte für die Einreise von (nach eigener Aussage) „Arbeitssuchenden aus dem Ausland“ festlegen. Es soll, glaubt man der „Regierungsbeteuerung“, mehr als bisher um Qualifikation, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung und einen eventuellen Deutschlandbezug gehen. Auch die Möglichkeit einer zweiwöchigen Probebeschäftigung wird diskutiert. Um – und dieser Punkt läßt kritische Beobachter hellhörig werden – auch Bürgern aus Nicht-EU-Staaten mit „gutem Potential“ eine Chance zu geben, wenn diese nicht bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung haben („Fachkraft“), soll es umfangreiche Zusatzregelungen geben . . .

Bei einer weiteren Gruppe von Migrantinnen, denen der Zugang nach Deutschland erleichtert werden soll, handelt es sich um diejenigen „Fachkräfte“ mit Berufs- oder Hochschulabschluß, der zwar im Heimatland anerkannt ist, aber nicht in Deutschland. „Wir wollen das Einwanderungsrecht deutlich offener und einfacher gestalten“, ließ Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) schließlich die Katze aus dem Sack. Ob man dabei wirklich „kluge Köpfe und helfende Hände“ gewinnen kann, wie es Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) vollmundig verspricht, bleibt noch abzuwarten. (tb)

10 Nobelpreis für Bernanke . . .

Als Chef der US-Fed und damit oberster Währungshüter der USA hatte Ben Bernanke erst die Finanzkrise 2008 „verschlafen“ und dann milliardenschwere Banken-Rettungsaktionen zu verantworten, die nicht nur aus heutiger Sicht den Grundstein für die derzeitigen Inflationsraten und die aufziehende Finanzmarktkrise legten. Und hierfür soll er nun auch noch den Nobelpreis für Wirtschaftsforschung bekommen. Er bekommt den Preis zusammen mit zwei Forschern, die sich wie Bernanke mit der Rolle der Banken in Finanzmarktkrisen beschäftigten und die allesamt – kurz und knapp gesagt – einen mit Hilfe von Steuergeldern starken und die Bankeinlagen garantierenden Staat befürworten.

Zeit seines Berufslebens war Bernanke ein strikter Verfechter des massenhaften Geldes. Nach dem Platzen der Dotcom-Blase sorgte er noch mit dem Vorschlag für Aufsehen, die Fed solle Staatsanleihen aufkaufen, um eine aufziehende Deflation zu bekämpfen. Der damals noch als unseriös erachtete Staatsanleihenkauf wurde später zur Gewohnheit. Im Jahr 2002 empfahl er der japanischen Zentralbank, zur Bekämpfung der Deflation neues Geld zur direkten Weitergabe an die Bürger zu schaffen. Das brachte ihm den Spitznamen „Helicopter-Ben“ ein. Er war dann mitverantwortlich für drastische Zinssenkungen, was zahlreiche Sparer in die Subprime-Falle lockte. Und noch als Fed-Chef weissagte er, daß die Subprime-Krise die Wirtschaft „nicht nennenswert schädigen“ werde. Auch hier lag er „grandios“ daneben. Es folgten die Insolvenz von Lehman Brothers sowie die Schieflagen von Bear Stearns und Merrill Lynch. Den Zusammenbruch der bis dahin reinen Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley konnte er nur verhindern, indem er diesen 2008 die amerikanische Bundesbanklizenz verlieh und ihnen damit den lebensrettenden Zugang zur Liquidität der Fed gewährte. In der Folge mußten weitere gigantische Rettungspakete geschnürt werden. In Bernankes Amtszeit als Fed-Chef wuchs deren Bilanzsumme von 860 Mrd. US-Dollar auf mehr als 4 Billionen (und aktuell liegt sie bei fast 9 Billionen). Bernankes Bankenrettungsaktionen legten damit einen Grundstein für die massenhafte Geldvermehrung nicht nur im US-Dollar, was die Basis der heutigen Inflation darstellt.

Mit dem Nobelpreis für Bernanke verliert dieser nach verbreiteter Expertenauffassung weiter an Glaubwürdigkeit. Schon beim Friedensnobelpreis für Barack Hussein Obama im Jahr 2009 lag die Messlatte sehr niedrig. Schließlich ging Obama als erster Präsident in die US-Geschichte ein, der sich in seiner achtjährigen Amtszeit immer im Krieg befand und der in mindestens sieben Ländern (Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Jemen, Somalia und Pakistan) Kriegseinsätze anordnete. (tb)

11 Die „Aktivisten“ blieben kleben

Eine Nebenorganisation der „Fridays for Future“ der Schwedin Greta Thunberg ist die Gruppe „Scientist Rebellion“, deren Aktivisten sich gerne auf Straßen kleben, um auf diese Weise den Verkehr lahmzulegen. Sie schrecken vor den damit möglicherweise verbundenen Straftaten (z.B. gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr) in keiner Weise zurück. Zu oft treffen sie dabei auf zögerliche Behörden und – weil tendenziell rot-grün dominiert – freundlich gestimmte Medien.

Ein entsprechend geplanter „Auftritt“ in der VW-Autostadt in Wolfsburg entwickelte sich aber nicht im Sinne der Protestanten. Statt die auf den Boden geklebten Hände der Aktivisten sorgsam wieder zu lösen, ließ man sie einfach sitzen und schaltete am Abend dann auch noch das Licht aus und drehte die Heizung herunter. Wohlmeinende Kritiker beschleunigten der VW-Führung damit einen (wünschenswerten) „pädagogischen Umgang“ mit diesen „Aktivisten“.

Ob die Protestierer tatsächlich bis zu 24 Stunden am Boden klebten, ist nicht genau überliefert. Denn viele Beobachter gehen davon aus, daß sie wie ihre Kollegen bei früheren „Aktionen“ Lösungsmittel mit sich führten, mit denen sie sich bei Abwesenheit der Medien auch selbst hätten befreien können statt publikumswirksam durch die Polizei. Ihre gegenüber den VW-Verantwortlichen vorgebrachte Forderung nach einem Nachttopf wirkte daher sehr konfuriert. Die nächstgelegenen Toiletten ließ man schließlich geöffnet und über irgendwelche „Unfälle“ in der Nacht wurde nichts bekannt.

Vielleicht sollte die Polizei in ähnlich gelagerten Fällen in Zukunft auch so verfahren: Den Verkehr umleiten, den Notfalldiensten das Hindernis bekannt geben und die „Aktivisten“ in Ruhe ihre „Revolution“ spielen lassen. Wenn die Nächte dann nur kalt genug werden, dürfte von vielen am nächsten Morgen nichts mehr zu sehen sein . . . (tb)

12 „Die Akte Scholz“

Verräterische Chat-Verläufe, gelöschte Beweismittel, mehr als 200 000 € im Bankschließfach eines früheren SPD-Strippenziehers – es gibt sehr viele Merkwürdigkeiten in dem Steuerskandal um die Hamburger Warburg-Bank. Und mittendrin war Olaf Scholz (SPD), damals noch in seiner Funktion als Hamburger Bürgermeister. Auch für den heutigen Bundeskanzler ist keine andere Affäre so gefährlich wie diese. Und sie verrät zugleich sehr viel über ihn.

Die preisgekrönten Recherchen der Journalisten Oliver Schröm und Oliver Hollenstein führten schließlich zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, vor dem auch Scholz – inzwischen Bundeskanzler – auszusagen hatte. Seine dort vorgegebene „Vergeßlichkeit“ (die eigentlich kein Spitzenpolitiker haben sollte) brachte die Affäre auch international in die Schlagzeilen. In ihrem Buch „Die Akte Scholz“ haben Schröm und Hollenstein nun skizziert, mit welchen Tricks und Täuschungen Scholz' Rolle im Fall Warburg bis heute verschleiert werden soll. Und sie zeigen damit gleichzeitig, was für ein Mensch sich hinter dem Image verbirgt, das Scholz während seiner politischen Karriere sorgfältig gepflegt hat und das ihn schließlich bis ins Kanzleramt brachte.

„Die Akte Scholz“ (392 Seiten) kann ab sofort über unseren Buchversand für 18,00 € zzgl. 2,95 € Versandkostenpauschale (versandkostenfrei ab einem Warenbestellwert von 40,00 €) bezogen werden. Bitte, richten Sie Ihre freundliche Bestellung an: Verlag Arbeit und Wirtschaft OHG, Postfach 1251, 27315 Hoya/Weser, Tel.: 0 42 51/5 61, Fax: 0 42 51/30 70, E-Mail: buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de. Oder besuchen Sie uns ganz einfach im Internet unter www.wunschbuecher.de – vielen Dank! (tb)

13 Für Sie aufgelesen:

„Es ist bestimmt kein Zufall, daß alle Teleskope, die nach intelligentem Leben Ausschau halten, von der Erde weggerichtet sind.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettnerhof GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.